



Die Bürgergemeinschaft (BG) gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft und einige ihrer Gäste informierten sich auf Bönener und Hammer Seite über den Inlogparc. ■ Foto: Szkudlarek

„Mehr Rechte für Bürger“

BG Weetfeld diskutiert mit Experten über „Bürgerbeteiligung bei Umweltverfahren“

WEETFELD ■ Dank des Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) ist es Verbänden wie der Bürgergemeinschaft (BG) gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft möglich, gegen „landschaftszerstörende Planungen“ wie den Inlogparc zu klagen. Dieses sowie insbesondere die Beteiligung der Bürger an formellen Planverfahren sind nach Ansicht anerkannter Experten allerdings noch ausbaufähig, war eine zentrale Botschaft der Veranstaltung „Bürgerbeteiligung bei Umweltverfahren“, zu der die BG ins Gemeindehaus Friedenskirche eingeladen hatte.

Rund 70 Interessierte waren der Einladung gefolgt, darunter Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Die wollten unter anderem wissen, welche Erfahrungen die BG mit dem UmwRG gemacht hat. Wie BG-Vorsitzender Rudolf Franke-Herold erklärte, habe die Klage gegen den Bebauungsplan „Inlogparc“ rund 23000 Euro gekostet. Leider sei man Anfang 2012 mit der Klage vorm Oberverwaltungsgericht Münster gescheitert. Dass es aber auch anders ge-

hen kann, zeigte Prof. Dr. Martin Führ (Uni Darmstadt) auf. Zwischen 2007 und 2012 habe es bundesweit 48 Klagen nach dem UmwRG gegeben. In etwa der Hälfte der Fälle hätten die klagenden Umweltverbände zumindest einen Teilerfolg erzielt. Und das sei gegenüber normalen Klagen vorm OVG sehr viel, sagte Führ. Insgesamt sei die Bürgerbeteiligung durch das UmwRG verbessert worden.

Dass aber ausgerechnet die BG Weetfeld mit ihrer Klage gescheitert ist, hat aus seiner Sicht und der von Prof. Dr. Thomas Bunge (ehemaliger Direktor und Professor des Umweltbundesamtes) mehrere Gründe. So merkte Führ an, dass es bei vielen Richtern noch zu wenig Umwelt-Sachverstand gebe. Aber auch im UmwRG selbst gebe es noch Defizite, die abgebaut werden müssten, so Bunge. Eine Novellierung sei derzeit in Arbeit. Er riet potenziellen Klägern, schon während des Verfahrens ihre Einwände vorzutragen.

Aber genau damit haben die BG und andere Umweltverbände in Hamm schlechte Erfahrungen gemacht. So merk-

te Franke-Herold an, dass alle Einwände der BG gegen den Inlogparc von der Stadtverwaltung abgelehnt worden seien. Ähnliches berichtete Ulrich Schölermann (Nabu), der mit der Lokalpolitik hart ins Gericht ging. Viele Politiker hörten nur auf die Meinung der Stadt, ohne sich kritisch mit dem jeweiligen Thema zu befassen. Und genau das sei in Weetfeld passiert.

Abwägungsprozess in Hamm in der Kritik

Das ist auch aus Sicht von Dr. Michael Zschiesche (Vorsandssprecher des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen) ein Problem. Die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung habe Schwächen. Nach Stuttgart 21 hätten das zwar auch Politiker wie Angela Merkel und Heiner Geißler (beide CDU) erkannt und sich unter anderem für eine „bessere Bürgerbeteiligung ausgesprochen, die wirklich dabei hilft, die Belange der Menschen zu berücksichtigen“. Den Worten seien aber noch keine Taten gefolgt. Es werde weiter von oben entschieden, so Zschiesche, der sich unter

anderem für ein neues Institut im Bereich der Bürgerbeteiligung, für einen Bürgerbeteiligungsbeauftragten, für einen Bürgeranwalt sowie für eine Qualitätssicherung der Bürgerbeteiligung aussprach. Auch die hohen Klagekosten seien vor allem für kleine Verbände ein Problem.

Im Fall des 1. Bauabschnitts „Inlogparc“ kommt dies alles zu spät. Allerdings gibt es einen möglichen zweiten Bauabschnitt, auf den die BG Bunge ansprach. So brachte Franke-Herold seine Befürchtung zum Ausdruck, dass sich die Stadt bei einer Entwicklung auf die vor zehn Jahren durchgeführten artenschutzrechtlichen Untersuchungen berufen werde. Bunge betonte jedoch, dass durch den ersten Bauabschnitt Veränderungen eingetreten seien und dadurch eine aktuelle Studie erforderlich sei.

Hoffnung machen den Umweltverbänden die Planungen des Landes, den täglichen Flächenverbrauch in NRW von 14 auf fünf Hektar am Tag zu reduzieren. Allerdings ist noch offen, wenn die Umsetzung erfolgt und ob es Ausnahmen geben wird. stg